

B E S C H L U S S

des Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V in seiner 570. Sitzung am 15. September 2021

Teil A

zur Verlängerung der Beschlüsse der 478., 493., 496., 500., 508., 529. Sitzung (schriftliche Beschlussfassungen) und 562. Sitzung Teil E zum Coronavirus SARS-CoV-2

mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2021

Der Bewertungsausschuss beschließt, folgende ursprünglich bis zum 30. Juni 2020 befristete Beschlüsse, deren Regelungen zuletzt mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil A bis zum 30. September 2021 verlängert wurden, um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern:

- Beschluss in seiner 478. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zur Aussetzung der behandlungsfall- und leistungsbezogenen Begrenzungen bei der Durchführung von Videosprechstunden,
- Beschluss in seiner 493. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) Teil B zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Änderung der GOP 01450 und 01952) unter Berücksichtigung der Änderung der GOP 01952 mit Teil B des Beschlusses in seiner 502. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung),
- Beschluss in seiner 496. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Aufnahme GOP 14223).

Der Bewertungsausschuss beschließt weiterhin, den folgenden ursprünglich bis zum 31. Dezember 2020 befristeten Beschluss, dessen Regelungen zuletzt mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil A bis zum 30. September 2021 verlängert wurden, um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern:

- Beschluss in seiner 529. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) Teil A zu Sonderregelungen zu Telefonaten und Teil B zur Anpassung der GOP 01952.

Zudem beschließt der Bewertungsausschuss, folgende ursprünglich bis zum 31. März 2021 befristete Beschlüsse, deren Regelungen zuletzt mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil A und Teil D bis zum 30. September 2021 verlängert wurden, um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern:

- Beschluss in seiner 500. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Aufnahme GOP 02402) unter Berücksichtigung der Änderung der GOP 02402 in seiner 505., 525. (Aufnahme GOP 02403) und 535. Sitzung (schriftliche Beschlussfassungen),
- Beschluss in seiner 508. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) Teil A zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Aufnahme GOP 02402 in die Pauschalen für die fachärztliche Grundversorgung der Schwerpunktinternisten).

Der Bewertungsausschuss beschließt weiterhin, den folgenden bis zum 30. September 2021 befristeten Beschluss des Bewertungsausschusses um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern:

- Beschluss in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil E zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Aufnahme der GOP 02402 und 02403 in die Präambel 25.1 EBM).

Protokollnotiz:

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine weitere Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen der vorgenannten Beschlüsse erforderlich ist.

Teil B

zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM)

mit Wirkung zum 1. Oktober 2021

**Änderung der ersten Anmerkung zur Gebührenordnungsposition 14223 im
Abschnitt 14.3 EBM**

*Die Gebührenordnungsposition ist zeitlich
befristet vom 15. Mai 2020 bis ~~30.~~
~~September~~ **Dezember** 2021.*

Teil C

zur Durchführung von psychotherapeutischen Sprechstunden und probatorischen Sitzungen als Videosprechstunde

mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2021

Aufgrund der Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 werden persönliche Arzt-Patienten-Kontakte teilweise durch Arzt-Patienten-Kontakte im Rahmen einer Videosprechstunde gemäß Anlage 31b zum BMV-Ä ersetzt. Am 23. März 2020 wurden durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den GKV-Spitzenverband in Ergänzung der Vereinbarung über die Anwendung von Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung – Psychotherapie-Vereinbarung (Anlage 1 zum BMV-Ä) Sonderregelungen zur Anwendung von Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung aufgrund von SARS-CoV-2 getroffen.

Der Bewertungsausschuss beschließt, dass die Gebührenordnungspositionen (GOP) 30931 (Probatorische Sitzung), 35150 (Probatorische Sitzung), 35163 bis 35168 (Probatorische Sitzung im Gruppensetting) und 35151 (Psychotherapeutische Sprechstunde) zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2021 auch bei Durchführung der Leistung im Rahmen einer Videosprechstunde berechnungsfähig sind, wenn die Voraussetzungen gemäß der Anlage 31b zum BMV-Ä erfüllt sind. Ein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt gemäß 4.3.1 der Allgemeinen Bestimmungen zur Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung muss nicht vorausgegangen sein. Die Durchführung als Videosprechstunde ist durch Angabe einer bundeseinheitlich kodierten Zusatzkennzeichnung zu dokumentieren. Der Zuschlag nach der GOP 01450 („Technikzuschlag“) ist – abweichend von der Leistungslegende der GOP 01450 – auch für die GOP 30931, 35150, 35163 bis 35168 und 35151 zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2021 berechnungsfähig. Auch im Falle der Berechnung der GOP 01450 im Zusammenhang mit den GOP 35163 bis 35168 gilt für die GOP 01450 ein Höchstwert von 40 Punkten je Gruppenbehandlung, aus dem alle gemäß der Gebührenordnungsposition 01450 durchgeführten Leistungen je Gruppenbehandlung zu vergüten sind.

Des Weiteren beschließt der Bewertungsausschuss, dass die in der vierten Bestimmung zum Abschnitt 30.11, der zweiten Bestimmung zum Abschnitt 35.1 und der sechsten Bestimmung zum Abschnitt 35.2 des EBM genannten GOPen auch dann bei Durchführung der Leistungen im Rahmen einer Videosprechstunde berechnungsfähig sind, wenn aufgrund der Sonderregelungen zur Psychotherapie-Vereinbarung ggf. kein

persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt gemäß 4.3.1 der Allgemeinen Bestimmungen zur Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung vorausgegangen ist.

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine Verlängerung bzw. Anpassung dieser Regelungen erforderlich ist.

Teil D

zur Berechnung der Pseudo-Gebührenordnungsposition 88122 für die Versendung von Verordnungen/Überweisungen mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2021

Aufgrund der Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 werden persönliche Arzt-Patienten-Kontakte teilweise durch andere Arzt-Patienten-Kontakte gemäß den Allgemeinen Bestimmungen 4.3.1 des EBM (telefonische Arzt-Patienten-Kontakte, Arzt-Patienten-Kontakte im Rahmen einer Videosprechstunde gemäß Anlage 31b zum BMV-Ä bzw. andere mittelbare Arzt-Patienten-Kontakte) ersetzt, so dass sich kurzfristig ein steigender Bedarf zur postalischen Zustellung von Verordnungen und Überweisungsscheinen ergibt.

Der Bewertungsausschuss empfiehlt, dass befristet bis zum 31. Dezember 2021 bei medizinischer Notwendigkeit und Vertretbarkeit für einen der Arztpraxis bekannten Patienten Folgeverordnungen von Arznei- und Verbandmitteln sowie Hilfsmitteln (mit Ausnahme von Sehhilfen und Hörhilfen), Verordnungen einer Krankenbeförderung nach Muster 4, Überweisungen nach Muster 6 und 10 und Folgeverordnungen nach den Mustern 12 und 13 gemäß den Vordrucken für die vertragsärztliche Versorgung (Anlage 2 zum BMV-Ä) im Rahmen eines anderen Arzt-Patienten-Kontaktes gemäß den Allgemeinen Bestimmungen 4.3.1 des EBM ausgestellt werden können. Als ein der Arztpraxis bekannter Patient gilt derjenige, bei dem in dem aktuellen Quartal oder in einem der sechs Quartale, die der Durchführung und Berechnung der Leistung unmittelbar vorausgehen, ein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt in derselben Arztpraxis stattgefunden hat. Die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von Leistungen bleiben von dieser Regelung unberührt.

Der Bewertungsausschuss beschließt, dass in den Fällen nach Absatz 2 befristet bis zum 31. Dezember 2021 für die postalische Zustellung der in Absatz 2 genannten Verordnungen/Überweisungen an den Versicherten die mit 90 Cent bewertete Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Der Bewertungsausschuss stellt klar, dass für die Ausstellung der in Absatz 2 genannten Verordnungen/Überweisungen nach einem telefonischen Arzt-Patienten-Kontakt – sofern im Arztfall keine Grund- oder Versichertenpauschale berechnet werden kann – die GOP 01435 des EBM berechnungsfähig ist.

Der Bewertungsausschuss beschließt, dass befristet bis zum 31. Dezember 2021 bei postalischer Zustellung von Wiederholungsrezepten und Überweisungsscheinen an den Versicherten neben der GOP 01430 (Verwaltungskomplex) – abweichend von der ersten Anmerkung zur GOP 01430 – die mit 90 Cent bewertete Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Der Bewertungsausschuss beschließt, dass befristet bis zum 31. Dezember 2021 bei postalischer Zustellung der in Absatz 2 genannten Verordnungen/Überweisungen an den Versicherten neben der GOP 01435 (Haus-/Fachärztliche Bereitschaftspauschale) – abweichend von der dritten Anmerkung zur GOP 01435 – die mit 90 Cent bewertete Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Der Bewertungsausschuss beschließt, dass befristet bis zum 31. Dezember 2021 bei postalischer Zustellung von Wiederholungsrezepten und Überweisungsscheinen an den Versicherten neben der GOP 01820 – abweichend von der ersten Anmerkung zur GOP 01820 – die mit 90 Cent bewertete Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Protokollnotiz:

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen dieses Beschlussteils erforderlich ist.

Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V in seiner 570. Sitzung am 15. September 2021

Teil A zur Verlängerung der Beschlüsse der 478., 493., 496., 500., 508., 529. Sitzung (schriftliche Beschlussfassungen) und 562. Sitzung Teil E zum Coronavirus SARS-CoV-2 mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2021

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM).

2. Regelungshintergrund

Aufgrund der aktuellen Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 hat der Bewertungsausschuss hierzu in Unterschriftenverfahren Beschlüsse in seiner 478., 493. und 496. Sitzung gefasst, die ursprünglich bis zum 30. Juni 2020 befristet waren. Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 502. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) erfolgte eine Verlängerung der Regelungen der vorgenannten Beschlüsse bis zum 30. September 2020, in seiner 513. Sitzung am 15. September 2020 um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2020, in seiner 545. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) um ein weiteres Quartal bis zum 31. März 2021, in seiner 551. Sitzung am 17. März 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. Juni 2021 sowie zuletzt in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. September 2021.

Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 500. Sitzung, unter Berücksichtigung der Beschlüsse in seiner 505., 525. und 535. Sitzung (schriftliche Beschlussfassungen), erfolgte bezüglich einer pandemiebedingten Ausnahmeregelung die Aufnahme der GOP 02402 und 02403 in Abschnitt 2.4 des EBM, um Besonderheiten bei der Veranlassung von Untersuchungen auf SARS-CoV-2 im Rahmen der Pandemie zu berücksichtigen. Die ursprünglich bis zum 31. März 2021 befristeten Regelungen wurden mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 551. Sitzung am 17. März 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. Juni 2021 sowie zuletzt in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. September 2021 verlängert.

Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 508. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) erfolgte in Teil A die Aufnahme der Gebührenordnungsposition 02402 in die jeweils erste Anmerkung zu den Gebührenordnungspositionen 13294, 13344, 13394, 13494, 13543, 13594, 13644 und 13694 (Pauschalen für die fachärztliche Grundversorgung der Schwerpunktinternisten). Die ursprünglich bis zum 31. März 2021 geltenden Regelungen wurden mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil D bis zum 30. September 2021 verlängert.

Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 529. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) wurden mit den Beschlussteilen A und B Sonderregelungen zur telefonischen Konsultation wiedereingeführt. Die ursprünglich bis zum 31. Dezember 2020 befristeten Regelungen wurden mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 545. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) um ein weiteres Quartal bis zum 31. März 2021, in seiner 551. Sitzung am 17. März 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. Juni 2021 sowie zuletzt in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. September 2021.

Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 Teil E wurde mit der Aufnahme der Gebührenordnungspositionen 02402 und 02403 in die Nr. 2 der Präambel 25.1 EBM auch den Fachärzten für Strahlentherapie und Vertragsärzten, die über eine Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung strahlentherapeutischer Leistungen gemäß den Vereinbarungen zur Strahlendiagnostik und -therapie gemäß § 135 Abs. 2 SGB V verfügen, die Berechnung dieser beiden Gebührenordnungspositionen bis zum 30. September 2021 ermöglicht.

Gemäß den Protokollnotizen zu den vorgenannten Beschlüssen des Bewertungsausschusses hat der Bewertungsausschuss zu prüfen, ob eine Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen dieser Beschlüsse erforderlich ist.

3. Regelungsinhalt

Nach erfolgter Prüfung der befristeten Regelungen zum Coronavirus SARS-CoV-2 verlängert der Bewertungsausschuss mit dem vorliegenden Beschlussteil A die in seiner 478., 493. (Teil B), 496., 500. (unter Berücksichtigung der Änderung der GOP 02402 in der 505., 525. (Aufnahme der GOP 02403) und 535. Sitzung), 508. (Teil A), 529. (Teil A und B) und 562. (Teil E) Sitzung gefassten Beschlüsse um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021.

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine weitere Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen der vorgenannten Beschlüsse erforderlich ist.

4. Inkrafttreten

Der Beschlussteil A tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2021 in Kraft.

Teil B zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) mit Wirkung zum 1. Oktober 2021

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM).

2. Regelungshintergrund

Aufgrund der aktuellen Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 hat der Bewertungsausschuss hierzu in Unterschriftenverfahren Beschlüsse in seiner 478., 493. und 496. Sitzung gefasst, die ursprünglich bis zum 30. Juni 2020 befristet waren. Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 502. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) erfolgte eine Verlängerung der Regelungen der vorgenannten Beschlüsse bis zum 30. September 2020, in seiner 513. Sitzung am 15. September 2020 um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2020, in seiner 545. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) um ein weiteres Quartal bis zum 31. März 2021, in seiner 551. Sitzung am 17. März 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. Juni 2021 sowie zuletzt in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. September 2021.

3. Regelungshintergrund

Mit dem vorliegenden Beschlussteil B wird aufgrund der Verlängerung der befristeten Regelungen gemäß Teil A dieses Beschlusses die erste Anmerkung zur Gebührenordnungsposition 14223 entsprechend angepasst.

4. Inkrafttreten

Der Beschlussteil B tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2021 in Kraft.

Teil C zur Durchführung von psychotherapeutischen Sprechstunden und probatorischen Sitzungen als Videosprechstunde mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2021

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM).

2. Regelungshintergrund

Aufgrund der Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 hat der Bewertungsausschuss in seiner 485. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) einen Beschluss zur Durchführung von psychotherapeutischen Sprechstunden und probatorischen Sitzungen als Videosprechstunde gefasst, der ursprünglich bis zum 30. Juni 2020 befristet war. Mit Beschluss des Bewertungsausschusses in seiner 502. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) erfolgte eine Verlängerung der Regelungen des vorgenannten Beschlusses bis zum 30. September 2020, in seiner 513. Sitzung am 15. September 2020 um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2020, in seiner 545. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) um ein weiteres Quartal bis zum 31. März 2021, in seiner 551. Sitzung am 17. März 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. Juni 2021 sowie zuletzt in seiner 562. Sitzung am 9. Juni 2021 um ein weiteres Quartal bis zum 30. September 2021.

Gemäß der Protokollnotiz des Beschlusses aus der 562. Sitzung hat der Bewertungsausschuss zu prüfen, ob eine weitere Verlängerung bzw. Anpassung des vorgenannten Beschlusses erforderlich ist.

Des Weiteren hat der Bewertungsausschuss in seiner 567. Sitzung am 4. August 2021 neue Gebührenordnungspositionen (GOP) zur Abbildung von probatorischen Sitzungen im Gruppensetting (GOP 35163 bis 35169) mit Wirkung zum 1. Oktober 2021 in den EBM aufgenommen.

3. Regelungsinhalt

Nach erfolgter Prüfung der befristeten Regelungen zur Durchführung von psychotherapeutischen Sprechstunden und probatorischen Sitzungen als Videosprechstunde passt der Bewertungsausschuss mit dem vorliegenden Beschlussteil C den in seiner 485. Sitzung gefassten Beschluss an und verlängert ihn um ein weiteres Quartal bis zum 31. Dezember 2021.

Um die Berechnung der GOP 35163 bis 35168 auch bei Durchführung der Leistungen im Rahmen einer Videosprechstunde zu ermöglichen, werden diese GOP in den Regelungen ergänzt. Die Begrenzung auf acht Gruppenteilnehmer beruht dabei auf den neuen Regelungen in § 17 der Psychotherapie-Vereinbarung (Anlage 1 zum Bundesmantelvertrag-Ärzte) zur Durchführung von Videokonferenzen, die am 1. Oktober 2021 in Kraft treten.

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine weitere Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen dieses Beschlussteils erforderlich ist.

4. Inkrafttreten

Der Beschlussteil C tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2021 in Kraft.

Teil D zur Berechnung der Pseudo-Gebührenordnungsposition 88122 für die Versendung von Verordnungen/Überweisungen mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2021

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM).

2. Regelungshintergrund

Aufgrund der aktuellen Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 werden vermehrt persönliche Arzt-Patienten-Kontakte durch andere Arzt-Patienten-Kontakte gemäß den Allgemeinen Bestimmungen 4.3.1 des EBM (telefonische Arzt-Patienten-Kontakte, Arzt-Patienten-Kontakte im Rahmen einer Videosprechstunde gemäß Anlage 31b zum BMV-Ä bzw. andere mittelbare Arzt-Patienten-Kontakte) ersetzt. Daher ist ein steigender Bedarf an postalisch zu versendenden Verordnungen und Überweisungsscheinen zu erwarten.

3. Regelungsinhalt

Mit dem vorliegenden Beschlussteil D empfiehlt der Bewertungsausschuss, dass befristet bis zum 31. Dezember 2021 bei medizinischer Notwendigkeit und Vertretbarkeit für einen der Arztpraxis bekannten Patienten die im Beschluss in Absatz 2 genannten Verordnungen/Überweisungen gemäß den Vordrucken für die vertragsärztliche Versorgung (Anlage 2 zum BMV-Ä) im Rahmen eines anderen Arzt-Patienten-Kontaktes gemäß den Allgemeinen Bestimmungen 4.3.1 des EBM ausgestellt werden können.

Als ein der Arztpraxis bekannter Patient gilt derjenige, bei dem in dem aktuellen Quartal oder in einem der sechs Quartale, die der Durchführung und Berechnung der Leistung unmittelbar vorausgehen, ein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt in derselben Arztpraxis stattgefunden hat. Die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von Leistungen bleiben von dieser Regelung unberührt.

Befristet bis zum 31. Dezember 2021 beschließt der Bewertungsausschuss, dass in den Fällen nach Absatz 2 des Beschlussteils D für die postalische Zustellung der in Absatz 2 genannten Verordnungen/Überweisungen an den Versicherten die mit 90 Cent bewertete Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Zudem wird klargestellt, dass für die Ausstellung der in Absatz 2 des Beschlussteils D genannten Verordnungen/Überweisungen nach einem telefonischen Arzt-Patienten-

Kontakt – sofern im Arztfall keine Grund- oder Versichertenpauschale berechnet werden kann – die GOP 01435 (Haus-/Fachärztliche Bereitschaftspauschale) des EBM berechnungsfähig ist.

Mit dem vorliegenden Beschlussteil D wird übergangsweise bis zum 31. Dezember 2021 die Berechnung der Pseudo-GOP 88122 neben der GOP 01430 (Verwaltungskomplex) bzw. GOP 01820 bei postalischer Zustellung von Wiederholungsrezepten und Überweisungsscheinen an den Versicherten ermöglicht, da die Regelungen in der ersten Anmerkung zur GOP 01430 bzw. 01820 eine Nebeneinanderberechnung anderer GOP ausschließen.

Zudem wird mit dem Beschlussteil D geregelt, dass bis zum 31. Dezember 2021 die GOP 01435 bei postalischer Zustellung der in Absatz 2 des Beschlussteils D genannten Verordnungen/Überweisungen an den Versicherten neben der Pseudo-GOP 88122 berechnungsfähig ist.

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 1. Dezember 2021 prüfen, ob eine Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen dieses Beschlussteils erforderlich ist.

4. Inkrafttreten

Der Beschlussteil D tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2021 in Kraft.